

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Zusammenhänge,
Bedeutung und
Ergebnisse

– Ausgabe 2006 –

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
der Länder



STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Zusammenhänge,
Bedeutung und
Ergebnisse

– Ausgabe 2006 –

ISSN 0935 - 3011

© Herausgeber im Auftrag des aus den Statistischen Ämtern der 16 Bundesländer, dem Statistischen Bundesamt und dem Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt am Main bestehenden Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

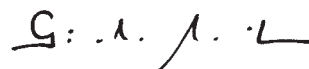
Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unverzichtbare Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die vorliegende, gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die durchaus komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher und leicht verständlicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in Form von gezippten Excel-Dateien unter <http://www.vgrdl.de> im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die vorliegende Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das im Arbeitskreis federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart, im März 2007



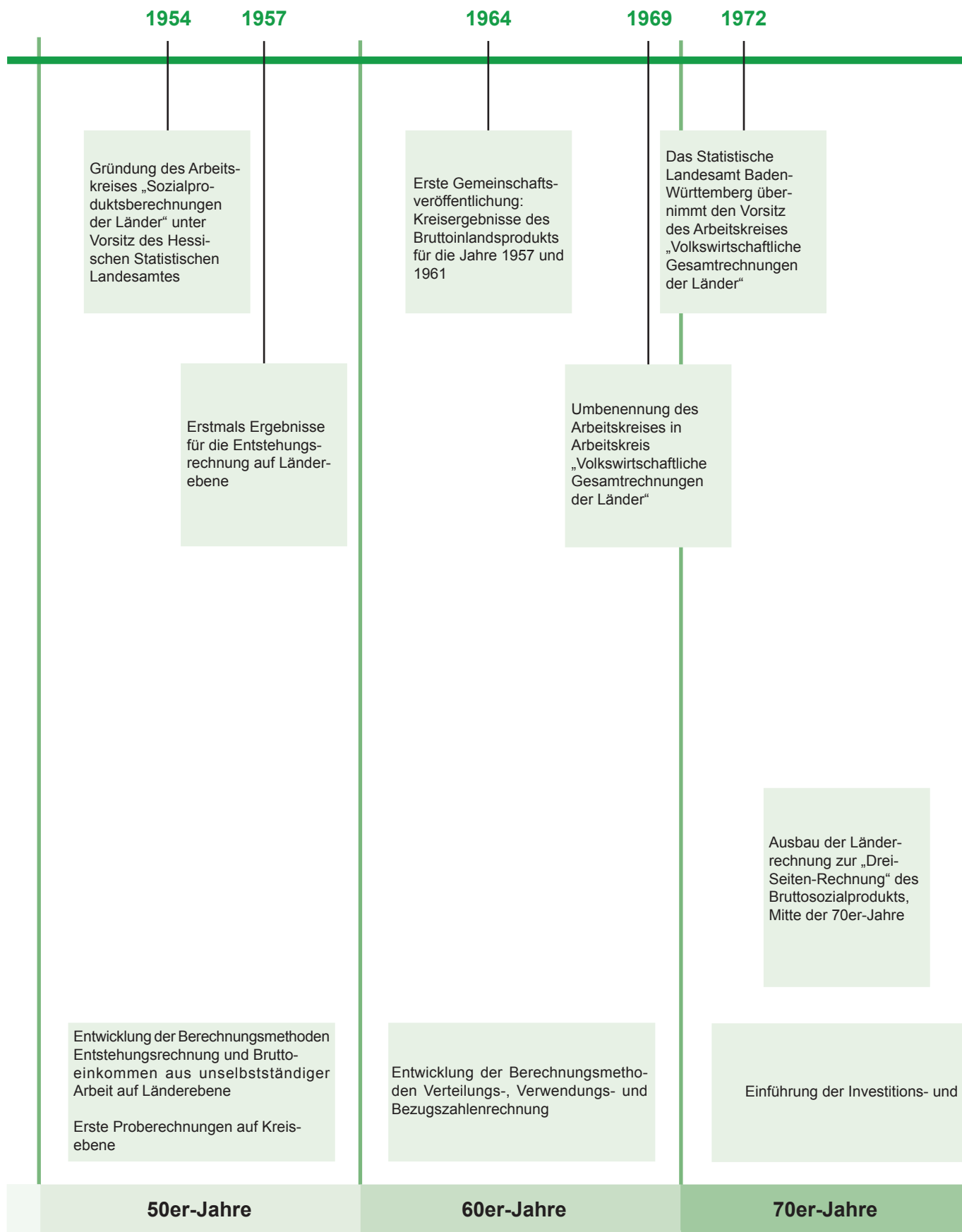
Dr. Gisela Meister-Scheufelen
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg

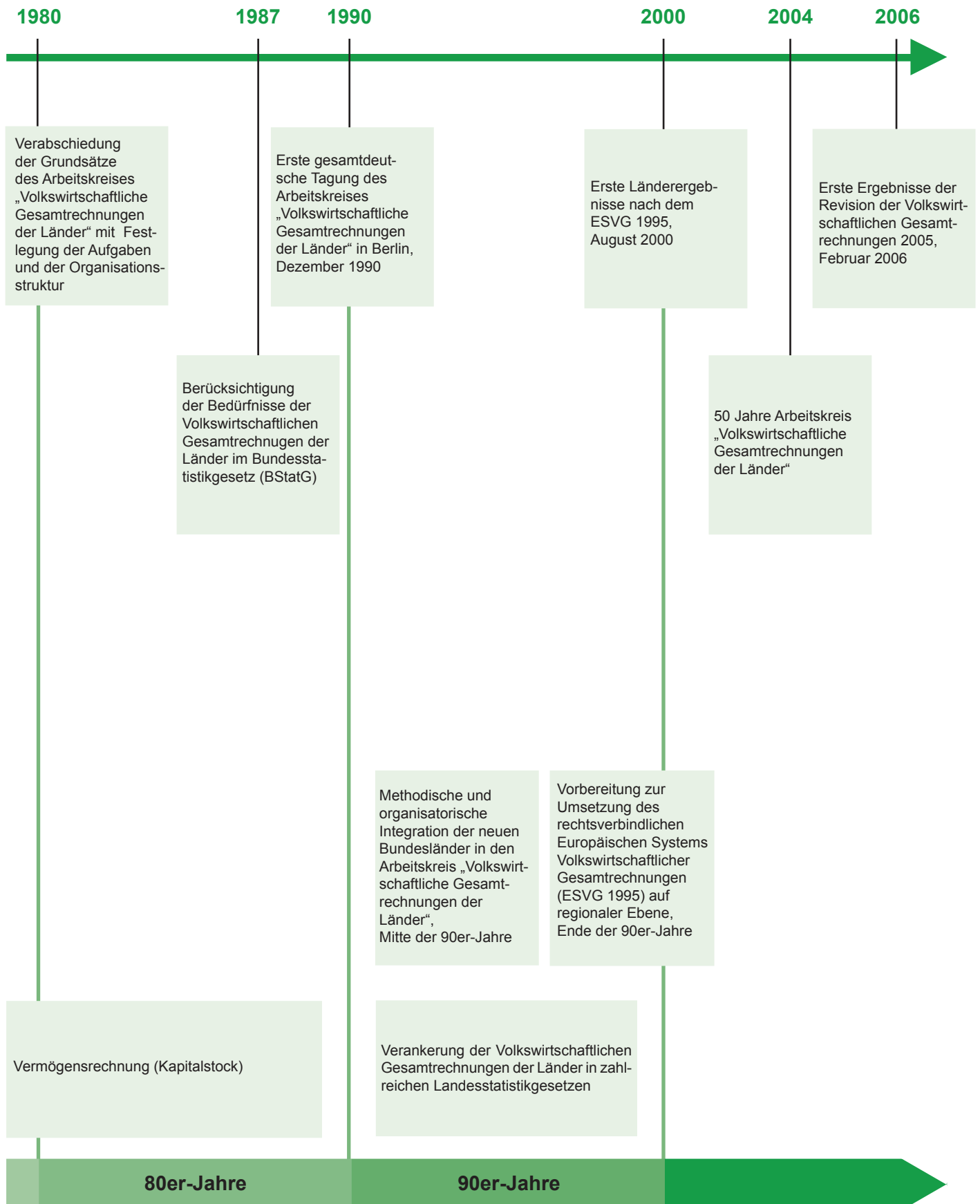
Vorsitzende des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Inhalt

Vorwort	3
Rückblick	6
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	8
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland	9
Schematische Darstellung der wichtigsten Aggregate der VGR	10
Die Bedeutung der regionalen VGR für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	11
Bruttoinlandsprodukt 2005 für Deutschland	13
Bruttoinlandsprodukt	14
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) nach Bundesländern	15
Bruttowertschöpfung	16
Bruttowertschöpfung nach Bundesländern	17
Arbeitnehmerentgelt	18
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) nach Bundesländern	19
Bruttoanlageinvestitionen	20
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) nach Bundesländern	21
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	22
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner nach Bundesländern	23
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	24
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte nach Bundesländern	25
Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich	26
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2006/2007	28
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005	30
Anschriftenverzeichnis	31
Zeichenerklärung	32

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin

und



Brandenburg



Bremen



Hamburg

und



Schleswig-Holstein



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt



vertreten durch: Stadt Frankfurt am Main
Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Gast:



Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Deutschland vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. Als nicht stimmberechtigte Mitglieder sind das Statistische Bundesamt (DESTATIS) sowie das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Repräsentant des Deutschen Städtetages im Arbeitskreis „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder“ vertreten. Als Gast zu den verschiedensten Tagungen begrüßt der Arbeitskreis das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT). Der Vorsitz und die Federführung des Arbeitskreises obliegt dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. In diesem Landesamt werden alle Ergebnisse zusammengeführt und der Arbeitskreis nach außen vertreten.

Berechnungsmethoden und Datenquellen

Alle Arbeiten im Arbeitskreis erfolgen auf der Basis einer abgestimmten Aufgabenteilung. Jedes Arbeitskreismitglied rechnet für die Ebene der Bundesländer ein Aggregat bzw. Wirtschaftsbereich für alle 16 Länder. Damit ist sicher gestellt, dass in Deutschland alle regionalen Länderergebnisse auf der Basis der gleichen Quellen und identischer Methoden an einer Stelle berechnet werden und damit voll vergleichbar sind. Durch diese Arbeitsteilung kann sich jedes Arbeitskreismitglied sehr intensiv mit den methodischen Grundlagen des jeweiligen Koordinierungsbereichs befassen, die durch das seit 1995 geltende Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), ergänzt um die neuen Konzepte der Revision 2005, gesetzlich vorgeschrieben sind. Die föderale Zusammenarbeit gewährt zum anderen wissenschaftliche Unabhängigkeit bei der Ergebnisberechnung.

Berechnungen unterhalb der Länderebene, also für Regierungsbezirke (NUTS 2) oder Kreise (NUTS 3) erfolgen in jedem einzelnen Landesamt, jedoch ebenfalls nach einheitlichen Methoden und aus den gleichen Datenquellen.

Regionalisierungsverfahren

Der Berechnungsablauf in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland ist, anders als bei primären Statistiken, nicht eine Summierung der kleinsten regionalen Ebene bis hin zum nationalen Ergebnis für Deutschland, sondern genau umgekehrt eine Aufteilung des nationalen Ergebnisses auf die Regionen. Das heißt, es liegen zuerst nationale, vom Statistischen Bundesamt erstellte Ergebnisse für Deutschland vor, die danach auf die einzelnen Regionen, angefangen bei den Bundesländern, aufgeteilt werden. Dabei bedient sich der Arbeitskreis in der Regel den, auch im ESGV 1995 empfohlenen zwei Aufteilungsmethoden (Bottom-up-Methode, Top-down-Methode). Bei der Bottom-up-Methode werden in die regionalen Berechnungen alle regional vorliegenden Angaben einzelner Einheiten ein-

bezogen und dann regional-hierarchisch „von unten nach oben“ addiert, bis der regionale Wert festgestellt ist, der in Summe aller regionalen Werte dem nationalen Wert entsprechen muss.

Bei der Top-down-Methode ist genau andersherum vorzugehen. Dabei werden nationale Gesamtgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt, ohne dass der Versuch einer Zuordnung zu einzelnen, in der Region ansässigen Einheiten unternommen wird. Die Verteilung erfolgt anhand eines Verteilungsschlüssels, der die zu berechnenden Aggregate so genau wie möglich widerspiegelt.

Regionale VGR-Aggregate

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland sind bemüht, die nationalen Aggregate so weit wie möglich auch in der regionalen Ebene darzustellen. Dabei stößt der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ aber an Grenzen der verfügbaren Datenquellen und der Möglichkeiten zur Regionalisierung von VGR-Aggregaten. Einige national vorliegende Größen, wie beispielsweise Einfuhrabgaben lassen sich nur hilfsweise auf Regionen aufteilen. Wichtige Entstehungs- und Verteilungsaggregate, die im Rahmen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet werden, sind in der folgenden Grafik dargestellt.

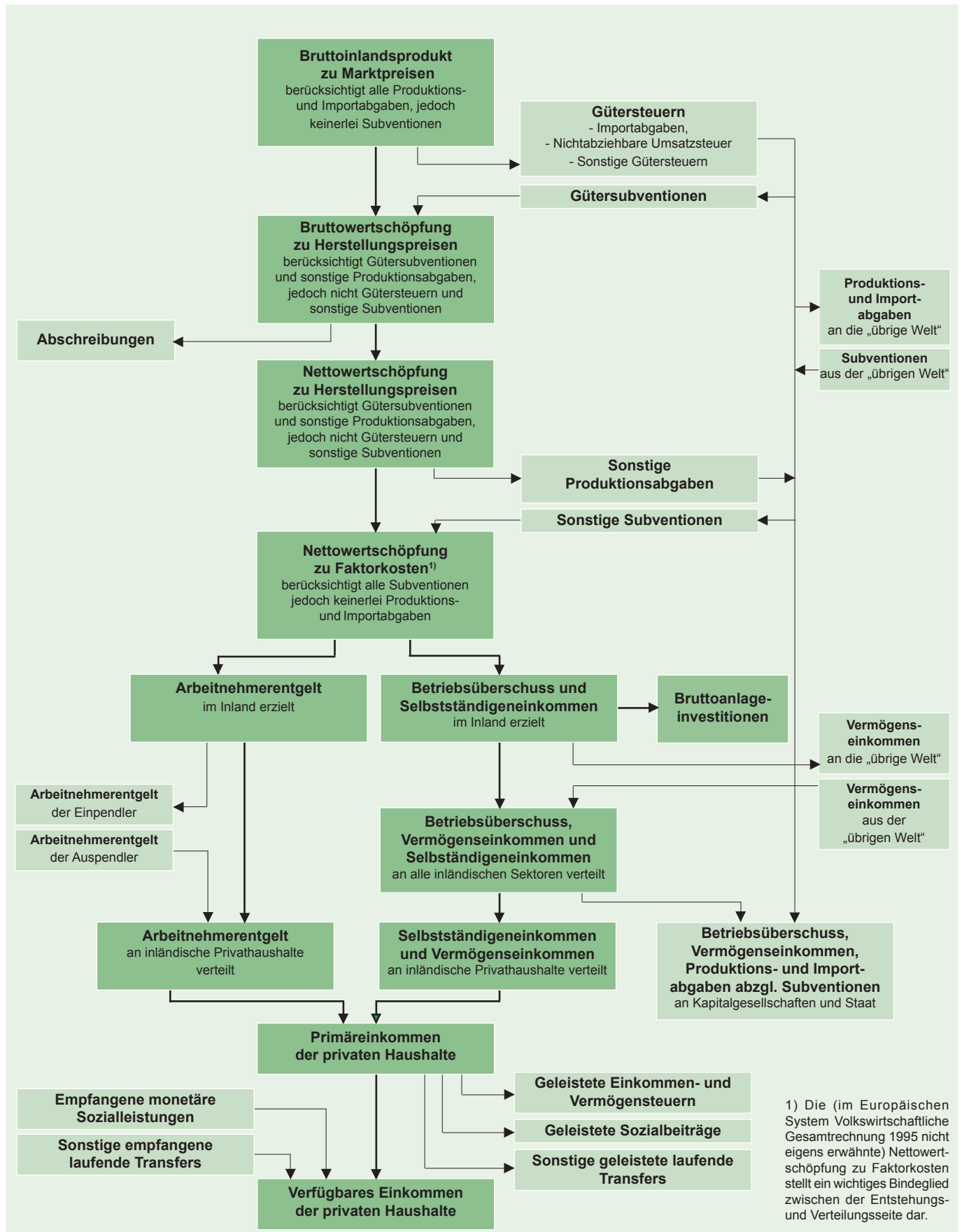
Berechnungszeiträume

Da die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf eine Vielzahl von Datenquellen zugreifen, die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst viel später zur Verfügung stehen, behelfen sie sich für eine zügige Ergebniserstellung, auch auf nationaler Ebene, mit der Verwendung abgestimmter Fortschreibungsverfahren. Bei diesen Verfahren werden vorliegende VGR-Aggregate mittels geeigneter Indikatoren, welche die Entwicklung des jeweiligen Aggregats realistisch widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Methode wird unter anderem bei Aggregaten angewendet, die in der Öffentlichkeit auf ein sehr starkes Interesse stoßen, wie das Bruttoinlandsprodukt oder die Arbeitnehmerentgelte.

Sobald weitere, die Berechnungen präzisierende Datenquellen vorliegen, werden diese Berechnungen dann an die neue Wissenslage angepasst. Aus diesem Grund werden VGR-Ergebnisse nicht als endgültig deklariert, da neue Informationen auch zu späteren Zeitpunkten vorliegen können.

Zusätzlich zu den sich ständig vervollständigenden Informationen der laufenden Berechnungen beeinflussen Großzählungen, wie z. B. die Handels- und Gaststättenzählung die langen Reihen der VGR-Aggregate, da auch aus diesen Quellen teilweise andere Struktur- und Regionalinformationen kommen können als bisher in den Berechnungen berücksichtigt wurden. Des Weiteren führen Umstellungen der den Berechnungen zugrunde liegenden Klassifikationen zu entsprechendem Korrekturbedarf. Diese mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarfe werden im Rahmen von sogenannten Revisionen berücksichtigt, die in der Regel in fünfjährigem Abstand durchgeführt werden.

Schematische Darstellung der wichtigsten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die Bruttowertschöpfung ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das Bruttoinlandsprodukt. Die preisbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum.

Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf der Ebene der NUTS 2 (entspricht in Deutschland der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es u.a. das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1-Gebiete (d.h. Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das Bruttoinlandsprodukt stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft z.B.:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
- Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Datennutzer im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur Ein-

schätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen oder je Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. An Hand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Länder treffen.

Mithilfe von Kreisergebnissen zur Bruttowertschöpfung kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen z.B. bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist Bestandteil der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind der Betriebsüberschuss / Selbstständigeneinkommen und das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE). Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des Arbeitnehmerentgeltes sind, im Rahmen der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum Arbeitnehmerentgelt werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regio-

nen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Länder getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten (Lohnkosten / Arbeitsproduktivität; hier: Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung [in jeweiligen Preisen] je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und / oder Wirtschaftsbereichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur Bruttowertschöpfung liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen. Die Ergebnisse zum Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren z.B. Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Länder. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des Verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei natürlich die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen zum Beispiel die Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerker und Vermieter sowie Konsumgüterproduzenten ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und -kontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum Verfügbaren Einkommen ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führt zum Bruttoinlandsprodukt und weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wertsachen sowie der Außenbeitrag einfließen.

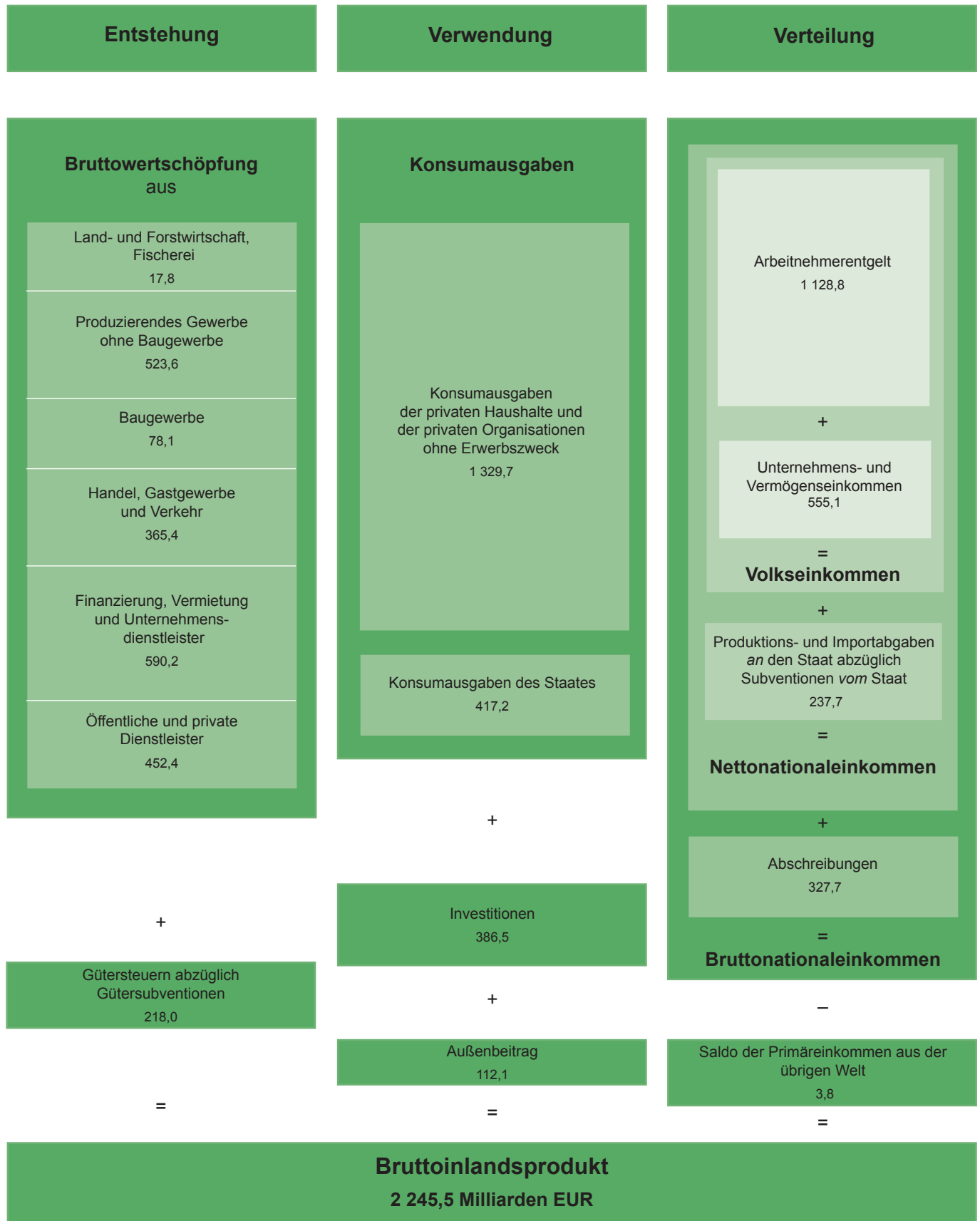
Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und Staatsverschuldung gefordert.

Ein weiterer Bestandteil der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dieser Saldo zwischen den Exporten und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein offenes Kreislautsystem.

Bruttoinlandsprodukt 2005 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: August 2005/ Februar 2006

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts wird zunächst die Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts heran zu ziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995), das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller EU-Mitgliedsstaaten vorgibt, empfiehlt eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Es handelt sich beispielsweise um Mehrwertsteuer, Importabgaben (ohne Einfuhrumsatzsteuer), Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Beispiele hierfür sind Importsubventionen, Abgeltungszahlungen im Verkehr und Ausfuhrerstattungen an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

Das Bruttoinlandsprodukt kann zu jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen zu jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2005 in Preisen des Jahres 2004, das preisberei-

nigte Bruttoinlandsprodukt 2004 in Preisen des Jahres 2003 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse werden langfristige Vergleiche möglich. Insbesondere bei langfristigen Vergleichen bietet sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt als Vergleichsgröße an, um die tatsächliche mengenmäßige Entwicklung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander können durchaus nominale Größen verwendet werden, da hier Entwicklungen eine geringere Rolle spielen.

Das Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Bis vor kurzem wurde als Bezugsgröße grundsätzlich die Anzahl der Beschäftigten verwendet, da in der Vergangenheit keine Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten oder der geringfügig Beschäftigten auf Vollzeitäquivalente auf regionaler Ebene stattfand. Länder mit sehr hohem Anteil an Teilzeitbeschäftigten stellen sich dadurch unproduktiver dar, als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem die Berechnung der Erwerbstätigen obliegt, berechnet für die Jahre ab 1998 zusätzlich die Größe „Arbeitsvolumen“. Somit kann die aussagefähigere Kennziffer Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es üblich, zur Messung des Entwicklungsstandes oder des Wohlstandes einer Volkswirtschaft das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner heranzuziehen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten das öffentliche Defizit 3% des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60% des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder für die benachteiligten Regionen Europas aus dem Strukturfonds nach dem auf die jeweiligen Einwohner bezogenen Bruttoinlandsprodukt.

Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

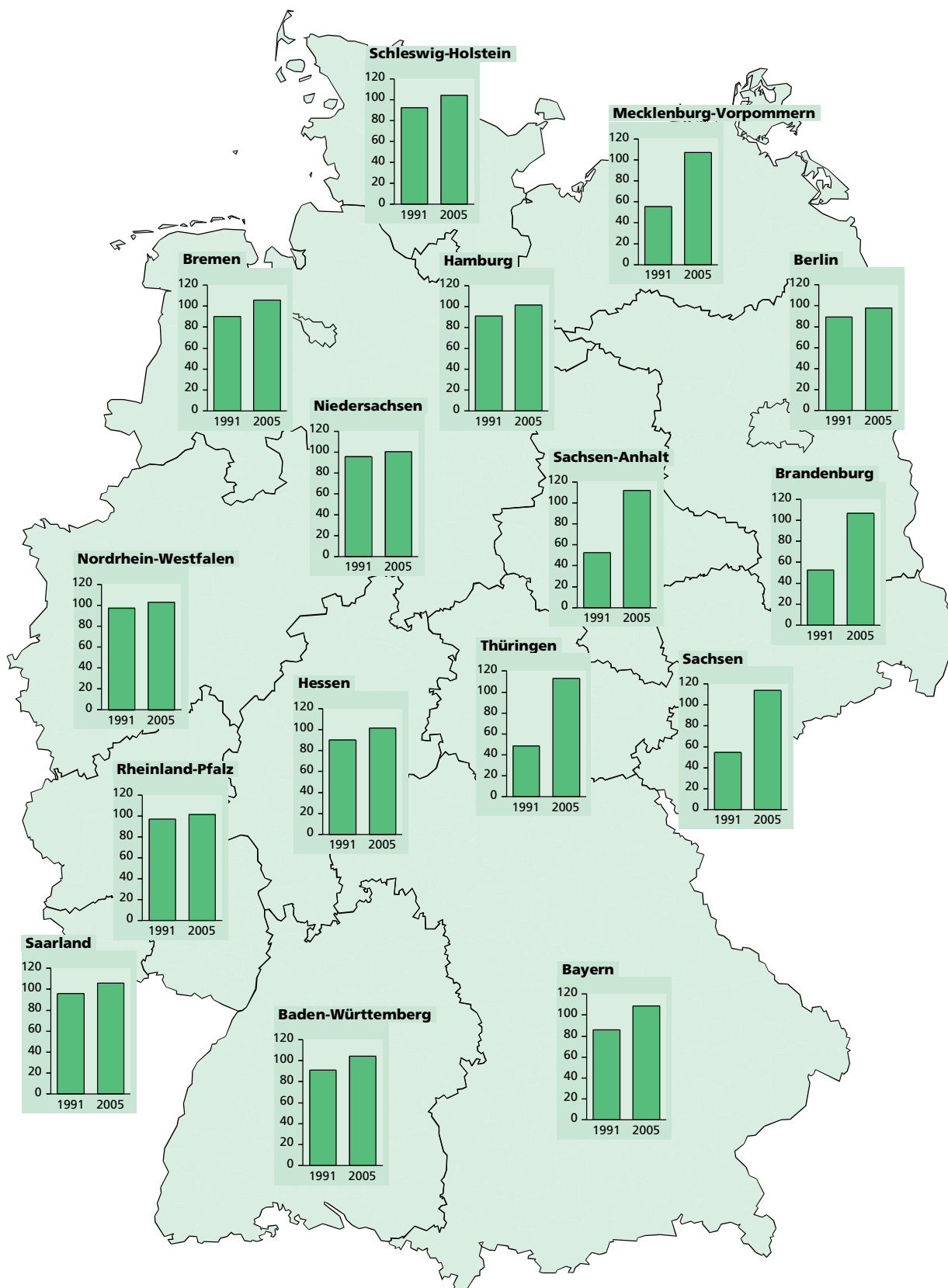
+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) nach Bundesländern*)

Index 2000 = 100



*) preisbereinigt, verkettet

Grafik: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die Bruttowertschöpfung gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind unentgeltliche Tätigkeiten wie z. B. Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Käuferpreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die Bruttowertschöpfung nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die Bruttowertschöpfung durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie z. B. Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeiter, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird.

Eine konzeptionelle Neuheit, die im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 eingeführt wurde, betrifft die „unterstellten Bankgebühren“, die nun als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ bezeichnet und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt aufgeteilt werden. Bisher wurden die „unterstellten Bankgebühren“ global als gesamtwirtschaftliche Vorleistung verbucht. Die so berechnete Bruttowertschöpfung von Unternehmen ergibt aufsummiert die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Die Bruttowertschöpfung bringt also die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten zum Ausdruck und ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 1998 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen Bruttowertschöpfung steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbe-
reichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{rcl} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen (einschließlich FISIM)} & & \\ - & \text{Vorleistungen (einschließlich FISIM)} & \\ \hline = & \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} & \end{array}$$

Bruttowertschöpfung nach Bundesländern 2005*)

Anteil der Wirtschaftsbereiche
in Prozent



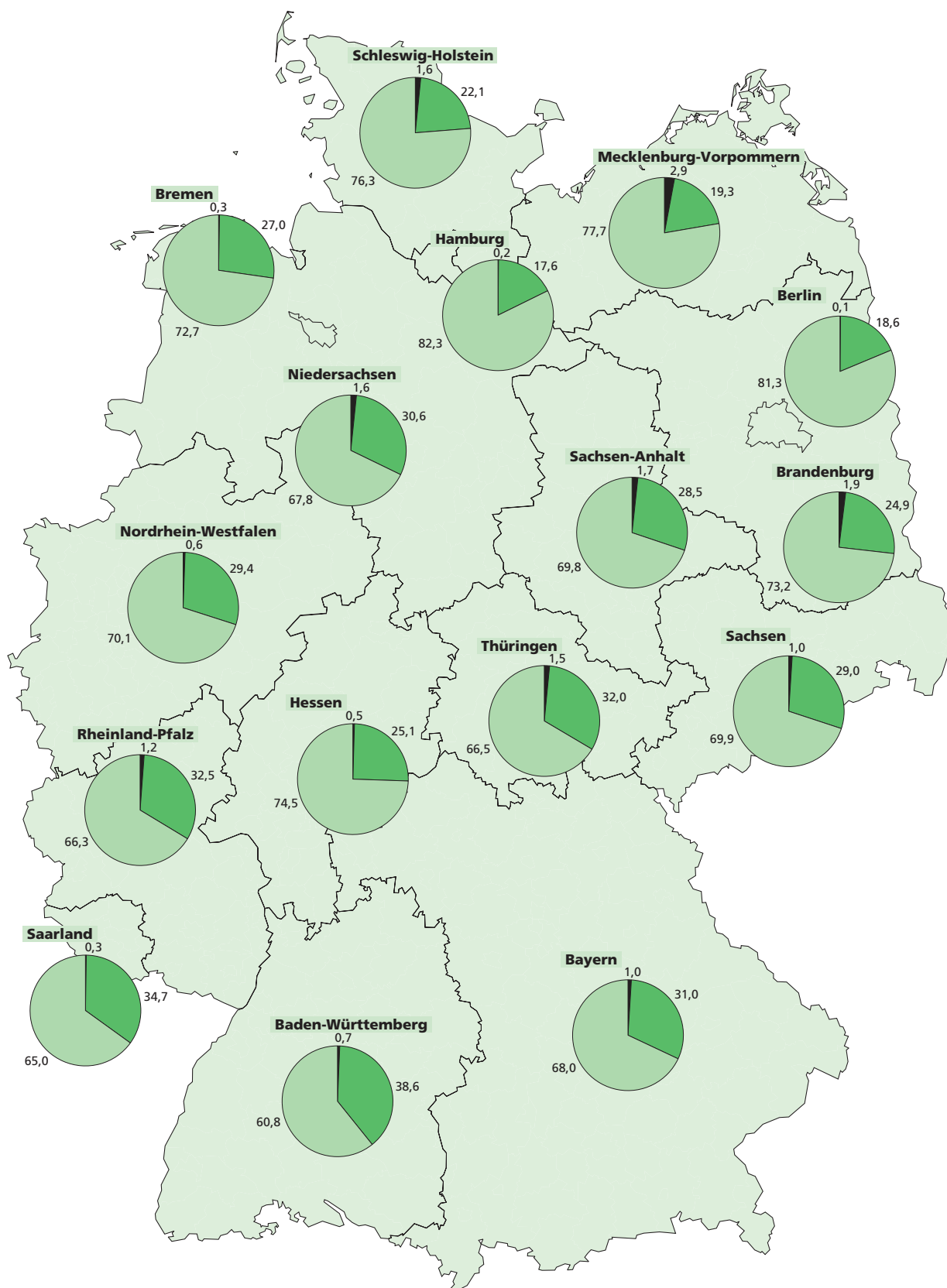
Land- und Forstwirtschaft,
Fischerei



Produzierendes
Gewerbe



Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen

Grafik: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt ist die Summe aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.

Dieses Einkommensaggregat umfasst sämtliche Arbeitsentgelte – vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer, auch wenn diese von den Arbeitgebern einbehalten und abgeführt werden –, die den Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- bzw. Dienstverhältnissen zufließen.

Bei den Arbeitnehmern handelt es sich um Erwerbstätige, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen und für ihre Tätigkeit von diesem bezahlt werden. Die Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen werden nicht zu den Arbeitnehmerentgelten gezählt, sondern gehören zu den Selbstständigeneinkommen.

Die Bruttolöhne und -gehälter, die etwa vier Fünftel der Arbeitnehmerentgelte ausmachen, enthalten neben den Grundlöhnen und -gehältern noch eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile, wie zum Beispiel Zuschläge für Überstunden, Gewinnbeteiligungen, Provisionen, Trinkgelder, Fahrkostenzuschüsse u.a. Neben den überwiegend gezahlten Geldleistungen schließen die Bruttolöhne und -gehälter auch Sachleistungen ein. Gemessen wird der geldwerte Vorteil, der dem Arbeitnehmer durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den Arbeitgeber entsteht. Dazu gehören beispielsweise die private Nutzung von Geschäftsfahrzeugen oder die verbilligte oder unentgeltliche Nutzung von Wohnungen oder Freizeiteinrichtungen.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfassen die Leistungen an öffentliche und private Institutionen der sozialen Sicherung zugunsten ihrer Arbeitnehmer (Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen) sowie Gegenwerte für soziale Leistungen der Arbeitgeber ohne spezielle Deckungsmittel (z.B. Beiträge für die Versorgung von Beamten).

Die Arbeitnehmerentgelte können sowohl für den Arbeitsort (Inlandskonzept) als auch für den Wohnort (Inländerkonzept) nachgewiesen werden. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der Pendler, also der Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt ist die Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

Bruttolöhne und -gehälter	
+	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
=	Arbeitnehmerentgelt

Die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte sowie der Bruttolöhne und -gehälter auf der regionalen Ebene von Bundesländern bis zur Kreisebene ist darauf ausgerichtet, die Ergebnisse für die Regionen vergleichbar zu machen. Methodisch der Bundesrechnung folgend, werden die Arbeitnehmerentgelte bzw. die Bruttolöhne und -gehälter als Produkt aus der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitnehmer und den entsprechenden Durchschnittsverdiensten in tiefster wirtschaftsfachlicher Gliederung berechnet. Dabei werden auch die unterschiedlichen Arbeits- und Saisonzeiten berücksichtigt, indem die Bewertung der Durchschnittsverdienste nach der Länge der Arbeitszeit vorgenommen wird, wie z.B. auch bei den sogenannten geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern.

Durch diese Berechnungsmethode ist es möglich, die Ursachen von Entwicklungen im Einkommen heraus zu finden. Das steigende Volumen der Einkommen kann zum einen aus Lohn- und Gehaltssteigerungen des einzelnen Arbeitnehmers resultieren oder aber zum anderen aus einer höheren Anzahl der Einkommensbezieher. Das Gleiche gilt, nur in umgekehrter Form für Einkommensenkungen. Gleichzeitig war in den letzten Jahren zu beobachten, dass ein starker Anstieg der geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer zu einer Absenkung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter geführt hat, obwohl die Anzahl der Arbeitnehmer insgesamt nicht gesunken war.

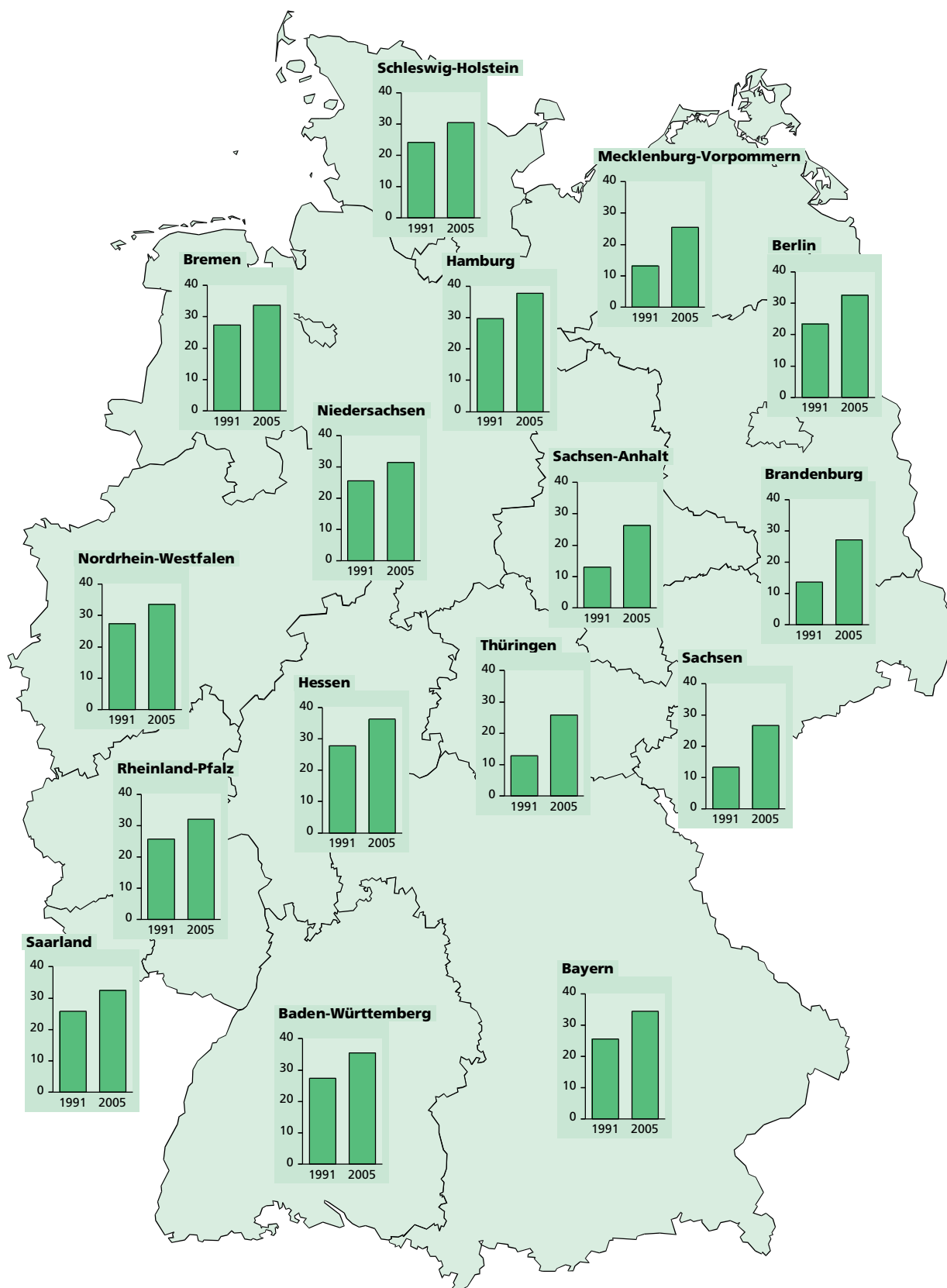
Das Arbeitnehmerentgelt stellt nicht nur eine Einkommensgröße dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. So kann beispielsweise unter Einbeziehung des Arbeitnehmerentgelts die Lohnquote berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen (früher Sozialprodukt). Das Pro-Kopf-Einkommen (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) ermöglicht einen Vergleich der unterschiedlichen Einkommenniveaus der Regionen.

Die Lohnstückkosten sind die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) zur Produktivität je Erwerbstätigen (Bruttoinlandsprodukt – preisbereinigt, verkettet – je Erwerbstätigen). Bei dieser Betrachtung von Produktivität ist allerdings nicht der Beitrag des Faktors Kapital aus den Augen zu verlieren, der auch auf die Effizienz der Gesamtleistung wirkt.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) ist ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. So gingen beispielsweise die Entwicklungen der Bruttolöhne und -gehälter (getrennt nach Ost und West) in die Rentenformel ein, um die jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland vorzunehmen.

Auch andere Anpassungen richten sich nach der Einkommensentwicklung, die in der regionalen VGR berechnet wird, weil sich so noch die Unterschiedlichkeit von Ost- und Westdeutschland berücksichtigen lässt.

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) nach Bundesländern*) in 1 000 EUR



*) in jeweiligen Preisen

Grafik: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen, bilden sie das Bruttoinlandsprodukt.

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt bzw. – bei der Betrachtung auf Kreisebene – der neuen Anlagen am Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Region. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

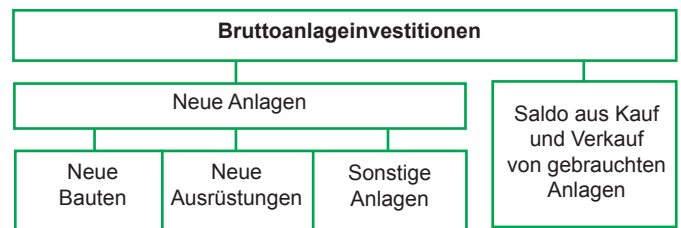
Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschl. eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen. Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme nur militärisch nutzbarer Anlagen und solcher Güter, die in den privaten Konsum eingehen.

Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter. Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie Straßen, Brücken, Tunneln, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze, Parks usw.

Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

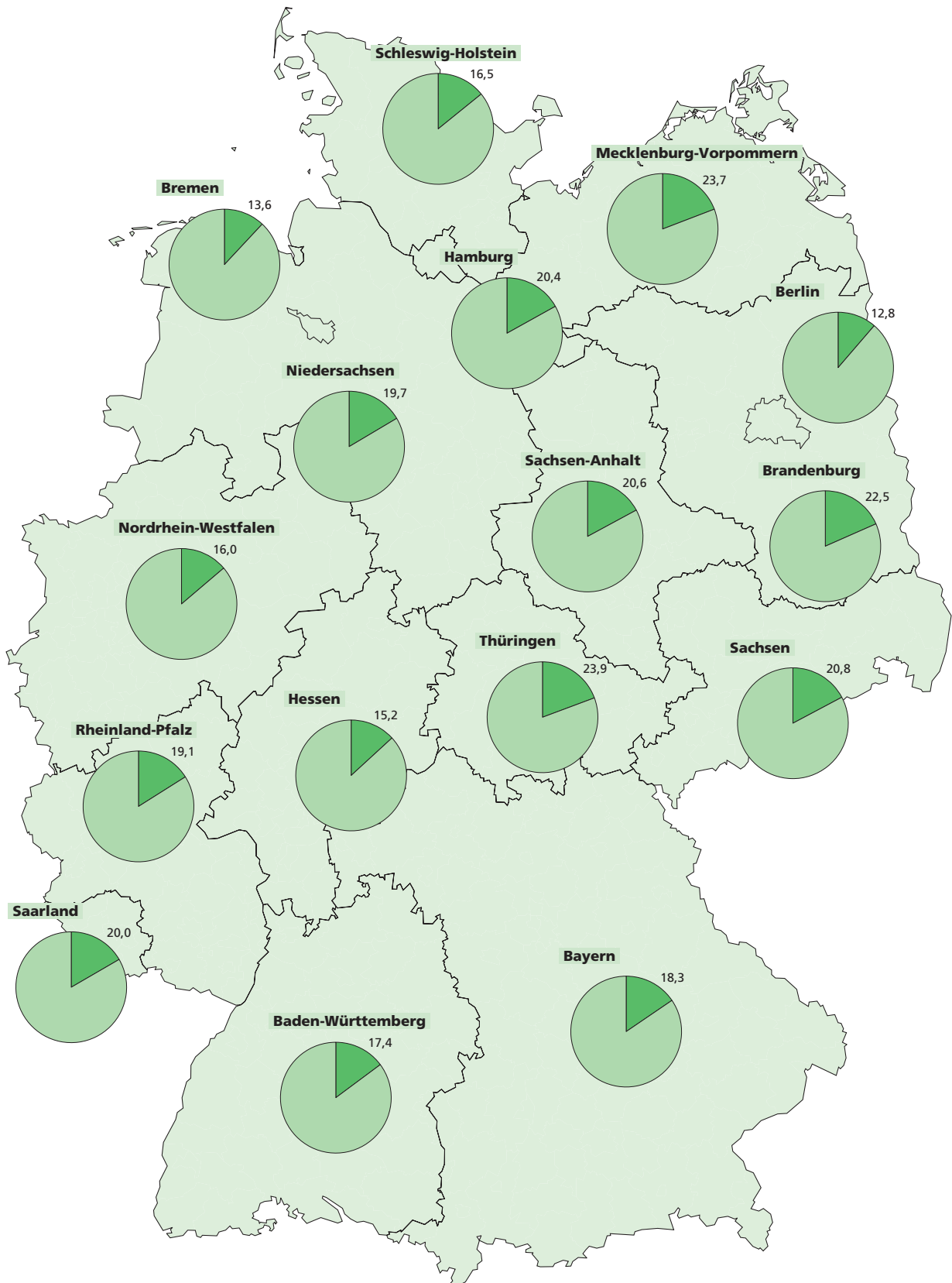
Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in immaterielle Anlagegüter (erworbene und selbst erstellte Computersoftware, Urheberrechte und Suchbohrungen), Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der Bruttoanlageinvestitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den Bruttoanlageinvestitionen liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bau-tätigkeitsstatistik verwendet. Darüber hinaus werden auch Geschäftsberichte von Unternehmen ausgewertet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) nach Bundesländern 2003*)

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen**) am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



*) in jeweiligen Preisen – **) Käufe von neuen Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

Grafik: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber alle Zulagen mit ein, wie z.B. Akkord-, Schicht-, Schmutz-, Essens-, Wohnungs-, Fahrtkostenzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder Abfindungen. Bei den Primäreinkommen mit einbezogen ist zudem auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum, ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z.B. Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), weiterhin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (z.B. im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers.

Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen

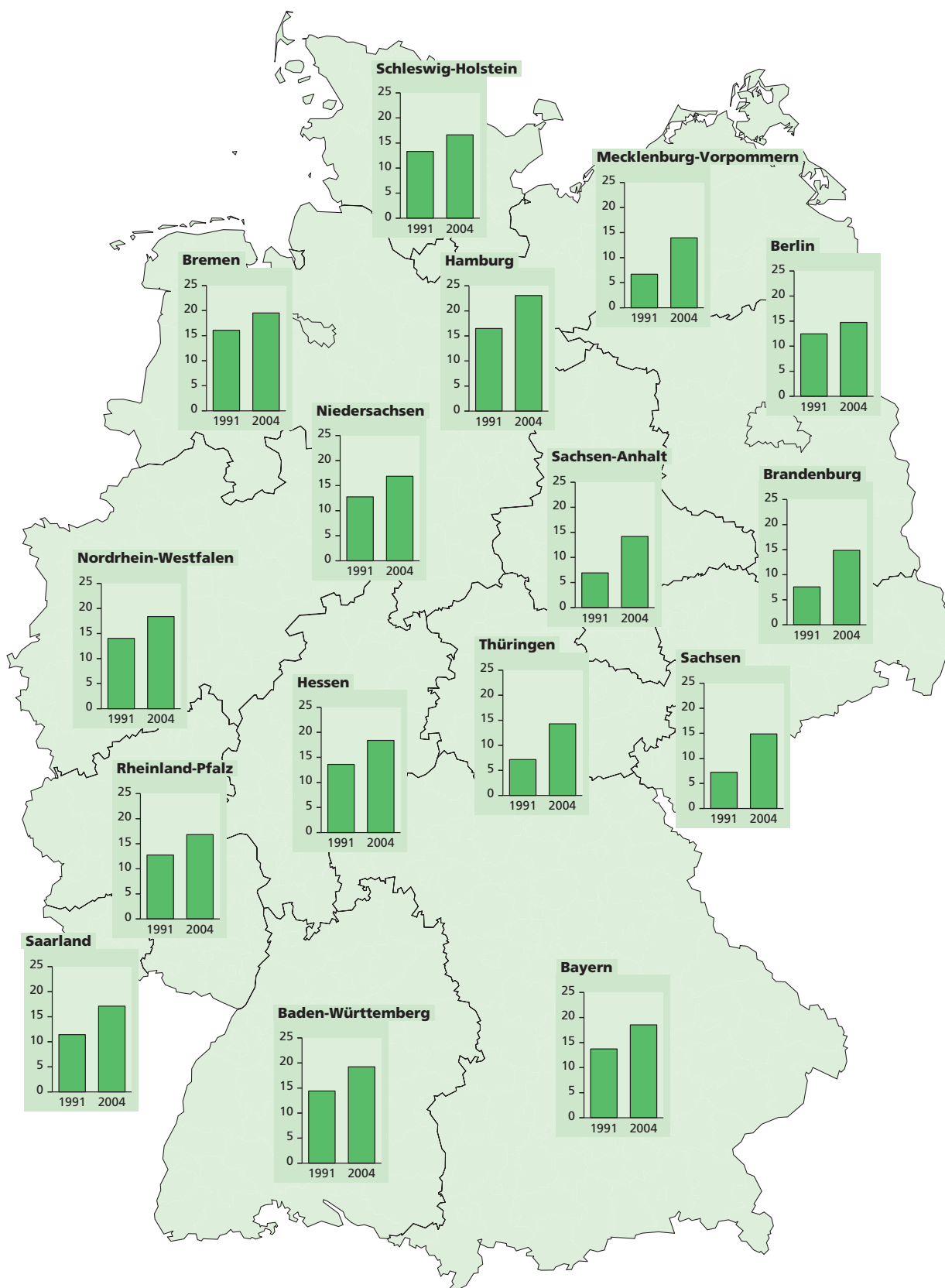
+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
–	geleistete Sozialbeiträge
–	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte, Knappschaft, ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers z.B. auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen (Private Krankenversicherung sowie Kfz-Haftpflicht, Kfz-Unfall, Feuer, Einbruch, Leitungswasser, Glas, Hausrat, Rechtsschutz usw.) sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen allgemein nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße wird der heterogenen Zusammensetzung des komplexen Einkommensbegriffs am besten Rechnung getragen, da sich dessen Einzelkomponenten (z.B. die verschiedenen sozialen Leistungen) jeweils auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und aufgrund der Vielgestaltigkeit unseres Gesellschaftssystems schließlich jedes seiner Mitglieder in irgendeiner Weise als Bezieher von Erwerbs-, Vermögens- oder Transfereinkommen in Erscheinung tritt oder zumindest grundsätzlich in Betracht kommt. Dennoch ist die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße nicht ganz unproblematisch, da natürlich das soziografische Gefüge der Bevölkerung maßgeblich auch deren (durchschnittliches) Einkommensniveau beeinflusst. Im Hinblick auf die Höhe der (absoluten) Erwerbseinkommen seien vor allem die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur (in Abhängigkeit von Qualifikation und Wirtschaftsstruktur) als maßgebliche Faktoren genannt. Für die Höhe der Abgabenbelastung und der sogenannten Transfereinkommen und entsprechend auch des Verfügbaren Einkommens sind des Weiteren vielerlei andere Gesichtspunkte von Belang, so z.B. die Altersstruktur und Haushaltsgröße, die Arbeitsmarktsituation, die (primäre) Einkommensverteilung und unzählige andere, teils persönliche Bestimmungsfaktoren. Aufgrund der bestehenden Rückkopplungseffekte zwischen demografischer Struktur und Einkommenshöhe erklären sich die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen also nicht allein durch die Diskrepanz von erzielten Primär- und Transfereinkommen, sondern auch durch „Struktureffekte“ innerhalb der Bezugsgröße, also der jeweiligen Wohnbevölkerung.

Verfügbares Einkommen je Einwohner nach Bundesländern in 1 000 EUR^{*)}



^{*)} in jeweiligen Preisen

Graphik: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet als auch für den Staat. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Konsumausgaben der privaten Haushalte erläutert.

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die die „Inländer“ (d.h. Haushalte mit Wohnsitz in der betrachteten Region) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind darin auch unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigennutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmer sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, sondern zu den Vorleistungen werden alle Ausgaben von Arbeitgebern für ihre Arbeitnehmer auf Geschäfts- und Dienstreisen gerechnet. Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwendet werden können (z. B. elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise vom Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

Konsum

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die inländische private Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten.

Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

In diesen Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen neben den Käufen der privaten Haushalte auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.). Deren Konsumausgaben sind der Teil der Produktionsleistungen dieser Organisationen, der nicht an andere Sektoren (Staat, private Haushalte, Kapitalgesellschaften) verkauft oder als selbst erstellte Anlage genutzt wird. Bei den Verkäufen an den Staat handelt es sich in erster Linie um Verkäufe der Sozialeinrichtungen an die Sozialversicherung. Bei den Verkäufen an private Haushalte sind es insbesondere deren Ausgaben für die Pflege und die Unterbringung in Heimen und für den Unterricht in Schulen dieser Organisationen.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Deckungsrückstellungen für Pensionen einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, d. h. die Ausgaben der Inländer in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandenen Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (z.B. Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte nach Bundesländern 2004*)

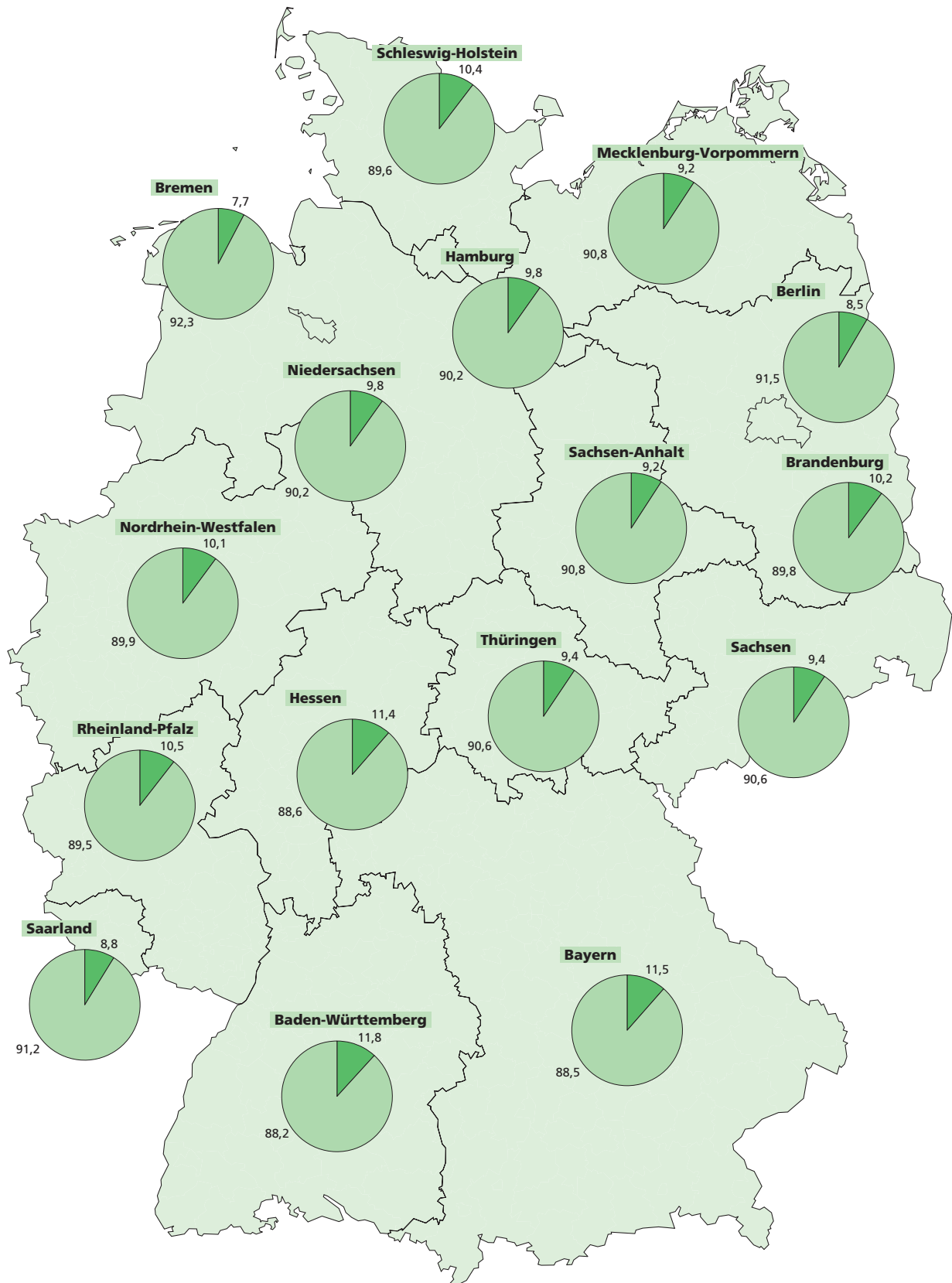
Anteil am Verfügbaren Einkommen **) in Prozent



Konsumausgaben



Sparen



*) in jeweiligen Preisen – **) hier: Summe aus Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

Grafik: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	231 942	261 924	63 369	19 625	18 317	56 205	141 526	14 250	140 289
1995	261 064	305 099	79 917	38 175	20 264	64 836	162 706	27 359	161 561
2000	297 393	359 376	78 382	44 985	22 110	72 554	183 100	30 061	180 117
2004	323 735	397 441	79 473	48 526	23 960	78 494	195 992	31 440	185 803
2005	330 715	403 709	79 597	48 052	24 473	79 956	197 739	31 289	188 413
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	45 409	43 553	37 875	16 450	45 742	55 232	48 393	16 905	42 489
1995	51 884	50 731	49 233	35 504	52 591	64 038	56 047	35 170	48 101
2000	55 567	56 826	49 753	42 282	57 062	69 615	60 205	40 098	51 092
2004	60 054	62 707	51 678	47 809	62 624	75 277	64 556	44 249	52 428
2005	61 236	63 512	51 736	47 772	64 231	76 084	65 270	44 520	53 464
Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	52 025	66 982	13 452	8 008	3 114	9 535	29 374	6 960	33 698
1995	47 260	68 249	15 548	17 297	2 612	9 091	28 291	14 428	32 462
2000	56 522	79 474	15 602	16 142	3 692	11 908	31 501	10 033	39 253
2002	56 620	73 277	11 485	12 020	3 586	15 384	30 058	7 397	34 705
2003	55 217	70 431	10 036	10 652	3 193	15 701	29 249	7 328	36 124
Investitionsquote¹⁾ in %									
1991	22,4	25,6	21,2	40,8	17,0	17,0	20,8	48,8	24,0
1995	18,1	22,4	19,5	45,3	12,9	14,0	17,4	52,7	20,1
2000	19,0	22,1	19,9	35,9	16,7	16,4	17,2	33,4	21,8
2002	18,1	19,3	14,6	25,8	15,4	19,7	15,8	24,0	19,1
2003	17,4	18,3	12,8	22,5	13,6	20,4	15,2	23,7	19,7
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inlandskonzept)									
1991	126 206	134 127	36 389	15 449	10 318	27 866	73 841	10 623	75 278
1995	141 637	157 071	44 263	23 779	11 181	31 468	84 752	16 481	86 722
2000	161 426	178 560	45 103	24 919	11 752	34 014	94 106	16 942	96 625
2004	170 691	188 585	43 918	24 417	11 957	35 078	97 359	16 451	99 706
2005	170 346	190 095	43 266	24 026	11 865	35 368	96 969	16 124	98 781
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inlandskonzept)									
1991	27 400	25 618	23 451	13 614	27 292	29 643	27 838	13 154	25 485
1995	31 444	29 997	30 144	23 945	31 192	33 999	32 425	22 822	28 822
2000	33 547	32 224	32 048	25 958	32 422	36 042	34 451	24 447	30 401
2004	35 463	34 061	32 842	27 076	33 629	37 529	36 149	25 531	31 452
2005	35 452	34 352	32 572	27 083	33 630	37 709	36 265	25 408	31 455
Verfügbares Einkommen²⁾ in Mill. EUR									
1991	142 636	158 296	42 836	19 390	10 968	27 371	78 774	12 759	94 755
1995	160 557	184 477	49 467	29 588	11 505	30 086	90 685	20 052	111 424
2000	183 127	206 039	48 378	35 282	12 518	32 879	99 077	22 880	123 908
2004	205 898	230 378	49 924	38 168	12 941	40 026	111 950	24 073	134 908
Verfügbares Einkommen²⁾ je Einwohner in EUR									
1991	14 409	13 733	12 456	7 568	16 071	16 482	13 592	6 688	12 759
1995	15 595	15 432	14 251	11 654	16 922	17 622	15 130	10 968	14 385
2000	17 453	16 906	14 296	13 567	18 926	19 225	16 354	12 832	15 662
2004	19 233	18 535	14 738	14 856	19 524	23 054	18 385	13 950	16 868

1) Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. – 2) der privaten Haushalte ein-

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)								
369 100	73 125	20 667	35 870	20 339	50 882	17 169	1 534 600	1991
418 382	82 992	23 328	69 946	38 609	59 231	34 982	1 848 450	1995
454 250	91 036	24 737	75 666	43 279	64 853	40 602	2 062 500	2000
482 009	96 256	26 585	85 807	47 308	68 192	44 631	2 215 650	2004
489 068	97 458	27 460	85 811	48 120	68 973	44 667	2 245 500	2005
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)								
45 942	43 749	43 150	15 940	15 874	42 307	13 993	39 735	1991
53 135	49 817	49 179	34 851	33 858	49 365	33 067	49 160	1995
53 620	51 604	48 802	38 377	40 892	52 049	38 171	52 690	2000
57 202	54 045	52 529	44 873	47 031	55 597	44 087	57 004	2004
58 163	54 770	54 230	45 521	48 701	56 296	44 649	57 899	2005
Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)								
71 253	16 481	4 276	15 115	8 577	10 346	7 554	356 750	1991
66 874	18 036	4 625	31 349	19 728	12 565	16 535	404 950	1995
85 834	20 572	5 601	25 647	13 859	13 888	12 903	442 430	2000
76 401	19 163	4 564	17 214	9 769	11 097	10 159	392 900	2002
75 083	17 946	5 065	17 381	9 523	11 072	10 378	384 380	2003
Investitionsquote¹⁾ in %								
19,3	22,5	20,7	42,1	42,2	20,3	44,0	23,2	1991
16,0	21,7	19,8	44,8	51,1	21,2	47,3	21,9	1995
18,9	22,6	22,6	33,9	32,0	21,4	31,8	21,5	2000
16,3	20,6	18,1	21,1	21,3	16,8	24,0	18,3	2002
16,0	19,1	20,0	20,8	20,6	16,5	23,9	17,8	2003
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inlandskonzept)								
201 051	37 807	11 301	28 287	15 892	25 668	14 886	844 990	1991
225 632	43 790	12 758	42 576	24 319	29 769	21 602	997 800	1995
250 558	48 665	14 365	44 604	24 084	32 379	23 557	1 101 660	2000
255 855	50 581	15 006	45 371	23 972	32 763	23 540	1 135 250	2004
254 216	50 380	14 972	44 556	23 520	32 579	23 006	1 130 070	2005
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inlandskonzept)								
27 337	25 661	25 787	13 279	13 031	24 079	12 843	24 073	1991
31 462	29 662	29 469	23 000	22 969	28 034	22 303	29 475	1995
32 435	30 922	30 915	24 913	24 693	29 309	24 397	31 271	2000
33 601	31 982	32 525	26 560	26 238	30 374	26 010	32 763	2004
33 589	31 999	32 535	26 608	26 307	30 364	25 860	32 824	2005
Verfügbares Einkommen²⁾ in Mill. EUR								
244 614	48 327	12 284	34 142	19 699	35 105	18 554	1 000 510	1991
277 766	56 368	14 540	52 629	30 942	40 114	27 760	1 187 960	1995
308 084	63 033	16 489	60 001	34 453	43 639	32 373	1 322 160	2000
332 235	68 302	18 121	64 094	35 587	46 997	33 787	1 447 390	2004
Verfügbares Einkommen²⁾ je Einwohner in EUR								
14 040	12 756	11 430	7 231	6 914	13 319	7 160	12 509	1991
15 564	14 222	13 417	11 503	11 250	14 764	11 057	14 547	1995
17 116	15 639	15 415	13 505	13 085	15 684	13 266	16 087	2000
18 383	16 828	17 114	14 878	14 179	16 631	14 290	17 544	2004

schließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Zeitpunkt	November 2006	Februar 2007	März		April
Anfang		Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991 - 2005 - Vorbericht - Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 - 2005 - Vorbericht -  Bruttoinlandsprodukt 1. Fortschreibung 2006 Bruttoinlandsprodukt Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 - 2005 Erwerbstätige Einwohner 1991 - 2006 Arbeitsvolumen 1998 - 2006 			
Mitte		Konsumausgaben des Staates 1991 - 2004 			
Ende	Bruttoanlage- investitionen Länderergebnisse 1991 - 2004  Bruttoanlage- investitionen 1991 - 2004 		Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991 - 2006 Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer Länderergebnisse 1991 - 2006 Anlagevermögen Länderergebnisse 1991 - 2005  Bruttoinlandsprodukt Erwerbstätige 1991 - 2006	Arbeitsvolumen 1998 - 2006 Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 - 2006 Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 - 2005 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991 - 2005 Kapitalstock 1991 - 2004 	Private Konsum- ausgaben Sparen Sparquote 1991 - 2005 Bruttonational- einkommen 1991 - 2005 Rückrechnungs- ergebnisse ab 1970/1980 

Länder“ 2006 / 2007

Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:  Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)  Gemeinschaftsveröffentlichungen: (tiefer gehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)  Broschüre (als PDF-Datei im kostenlosen Download) Hinweis: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR). Kostenpflichtige Veröffentlichungen:  CD-ROM Kreis und Länderergebnisse 1991 - 2006 (Preis 20,00 Euro)					
Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 1991 - 2006 			Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 1996 - 2005 		
		Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 1992, 1994 - 2005  Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse Ausgabe 2007 	Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 1995 - 2005 	Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2007 (Veränderungsraten) 	Kreis- und Länderergebnisse 1991 - 2006 Rückrechnungsergebnisse ab 1970/1980 

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005

Im Februar 2006 wurden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstmals Ergebnisse der Revision 2005 mit überarbeiteten Werten ab 1991 veröffentlicht. Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen überarbeitet, um neue Konzepte einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren und neue Datenquellen zu erschließen. Dabei ergaben sich die Neuerungen vor allem durch neue Ansätze im Rahmen des europaweit rechtsverbindlichen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Die Auswirkungen der erwähnten datenbedingten und der methodischen Änderungen auf die Regionalergebnisse lassen sich im Einzelnen nicht getrennt quantifizieren.

Konzeptbedingte Änderungen

Eine grundlegende Neuerung im Rahmen der Revision 2005 ist die Einführung einer **jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis)** für die Deflationierung anstelle der bisherigen Festpreisbasis. Das heißt, dass die realen, jetzt als preisbereinigt bezeichneten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht mehr in Preisen eines konstanten Jahres (zuletzt in Preisen von 1995), sondern in Preisen des jeweiligen Vorjahres ausgedrückt werden. So wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2005 in Preisen des Jahres 2004, das preisbereinigte BIP 2004 in Preisen des Jahres 2003 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse werden langfristige Vergleiche möglich.

Preisbereinigte Größen werden in den Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ jetzt nur als Kettenindizes und Veränderungsrate, jedoch nicht als Absolutwerte in Mrd. EUR dargestellt. Auf Anfrage können auch verkettete Absolutwerte in elektronischer Form bereitgestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass die verketteten Absolutwerte nicht additiv sind, d.h. die Summe der verketteten Teilaggregate (z. B. die Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche) nicht das verkettete Gesamtaggregate (z. B. die Bruttowertschöpfung insgesamt) ergibt. Diese Nicht-additivität tritt auch in regionaler Gliederung auf, beispielsweise zwischen dem Bruttoinlandsprodukt auf Bundesebene und der Summe der Länderwerte.

Eine weitere konzeptionelle Neuheit betrifft die Berechnung der „unterstellten Bankgebühr“, die jetzt **„Finanzserviceleistung, indirekte Messung“ (FISIM)** heißt, und nach verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen aufzuteilen ist. Diese Finanzserviceleistung umfasst die indirekten Entgelte der Banken, die sie neben den direkt erzielten Umsätzen (z. B. Kontoführungsgebühren) als Differenz zwischen Zinsertrag und Zinsaufwand erwirtschaften. Bisher wurde sie global als gesamtwirtschaftliche Vorleistung verbucht. Um den Teil der Bankdienstleistungen, der eigentlich dem privaten und staatlichen Konsum hätte zugerechnet werden müssen, wurde das Bruttoinlandsprodukt bisher zu niedrig ausgewiesen, sodass revisionsbedingt das Niveau des Bruttoinlandsprodukts tendenziell angehoben wird.

Neue Datenquellen

Im Rahmen der Revision 2005 konnten erstmals Strukturinformationen aus der neuen jährlichen **Dienstleistungsstatistik** für die unternehmensnahen Dienstleister sowie für die Wirtschaftsbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung in die Berechnung der Bruttowertschöpfung einbezogen werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik neuerdings auch für die Ermittlung der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttoanlageinvestitionen in diesen Wirtschaftsbereichen verwendet. Bei der Berechnung der Arbeitnehmerentgelte konnte außerdem die **Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001** im Wirtschaftsbereich Handel berücksichtigt werden, die vorher letztmalig im Jahr 1995 durchgeführt worden war.

Die Überarbeitung der Ergebnisse im Bereich Wohnungsvermietung im Rahmen der Revision durch das Statistische Bundesamt ergab ein deutlich niedrigeres Niveau bei der Bruttowertschöpfung auch auf Länderebene. Neue Ergebnisse aus dem Mikrozensus zeigten, dass die Zahl der leer stehenden Wohnungen, für die keine Mieten gezahlt werden, in der bisherigen Rechnung zu niedrig angesetzt worden war, sodass der Produktionswert nach unten korrigiert wurde. Gleichzeitig mussten die Vorleistungen erhöht werden, sodass die Wertschöpfung nach Revision geringer ausfällt.

Methodische Verbesserungen

Um die Qualität der kurzfristigen Berechnungen des Bruttoinlandsproduktes bzw. der Bruttowertschöpfung (Fortschreibungen) zu verbessern, wird ab sofort in den Wirtschaftsbereichen Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe eine vorgezogene Originärberechnung auf der Basis der sogenannten **Schnell-Kostenstrukturerhebung** durchgeführt. Damit stehen zu einem deutlich früheren Zeitpunkt aktuelle Informationen über die wertschöpfungsrelevanten Vorleistungen zur Verfügung.

Bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe wurde vom Produktions- auf den Einkommensansatz übergegangen. Bei diesem Ansatz wird die Bruttowertschöpfung Deutschlands zunächst in eine arbeitsbezogene Komponente (Arbeitnehmerentgelt) und kapitalbezogene Komponente (Betriebsüberschuss) aufgeteilt. Anschließend werden diese Komponenten anhand länderspezifischer Arbeitnehmerentgelte und Umsätze regionalisiert und durch entsprechende Summenbildung zur Wertschöpfung des Gastgewerbes je Bundesland zusammengefügt.

Veröffentlichungen

Insgesamt ermöglichen die genannten datenbedingten und methodischen Verbesserungen dem Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ eine differenziertere Freigabetafel mit erweiterten Darstellungen seiner Ergebnisse. Die neue Freigabep Praxis orientiert sich im Wesentlichen an den offiziellen Zusammenfassungen der Wirtschaftszweigsystematik 2003 (WZ 2003).

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711 641 - 2470
berthold.fischer@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt für Statistik
und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München
Telefon 089 2119 - 394
franz.kohlhuber@lfstad.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 030 9021 - 3739
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt
Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 2142
horst.lange@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 4801 - 4686
margit.herrmann@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 812
vgr@statistik-hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon 040 42831 - 1830
vgr-hh@statistik-nord.de

Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 9298
vgr-sh@statistik-nord.de

Niedersächsisches Landesamt
für Statistik
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 3126
vgr@nls.niedersachsen.de

Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 2955
marco.scharmer@lds.nrw.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 4660
werner.kertels@statistik.rlp.de

LZD - Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 5948
vgr.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon 03578 33 - 3500
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06112 Halle
Telefon 0345 2318 - 305
buggisch@stala.mi.lsa-net.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 3784 - 210
juergen.hess@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 2997
vgr-bip-entstehung@destatis.de

Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Zeil 3
60313 Frankfurt a.M.
Telefon 069 212 - 33422
gabriele.gutberlet@stadt-frankfurt.de

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden
- 0 Zahl ungleich Null, jedoch weniger als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
- . Zahl unbekannt oder geheim zu halten
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.